

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Bucher, Mag. Darmann, Dolinschek, Ing. Westenthaler
Kollegin und Kollegen

**betreffend dringende Umsetzung des angesichts der explodierenden
Treibstoffpreise von der Kärntner Landesregierung beschlossenen
Maßnahmenpaket**

eingebracht in der Sitzung des Nationalrates vom 6. Juni 2008 im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 1: Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (549 d.B. und Zu 549 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, das Grunderwerbsteuergesetz 1987, die Bundesabgabenordnung, das Finanzstrafgesetz und das Finanzausgleichsgesetz 2008 geändert werden und ein Stiftungseingangssteuergesetz erlassen wird - Schenkungsmeldegesetz 2008 (SchenkMG 2008) (612 d.B.)

„Rasanter Inflationsanstieg. Preisanstieg ohne Ende. Dramatischer Anstieg der Privatinsolvenzen.“ sind jene Meldungen, die die täglich stärker belasteten Österreicherinnen und Österreicher in diesen Tagen in den Zeitungen lesen müssen, und die die derzeitige Entwicklung mit den entsprechenden alarmierenden Auswirkungen nur allzu gut veranschaulichen.

Insbesondere Lebensmittel wurden empfindlich teurer. Innerhalb der Eurozone musste Österreich mit 4,1 Prozentpunkten gleich nach Slowenien die höchste Inflationsrate bei Lebensmitteln in Kauf nehmen. Die exorbitanten Preissteigerungen insbesondere nachstehender Lebensmittel seit April des Vorjahres führen diese Entwicklung drastisch vor Augen:

Zitronen +43%, Nudeln +40%, Erdbeeren +32%, Pflanzenöl +26%, Käse 23%, Schlagobers +19%, Putenbrust +16%, Trauben +16%, Butter +16%, Früchtejoghurt +15%, Vollmilch +14%, Salat +13%, Orangensaft +12%, Eier +12%, Brot 11%, Schokoriegel +10%, Weißbrot +9%, Milchschokolade +7%, Schnitzel +6%, Zucker +5%, Marmelade +5%.

Von diesen Erhöhungen sind gerade die einkommensschwachen Haushalte überproportional betroffen. Laut Arbeiterkammer geben die Ärmsten 17,2 % ihres

Verdienstes für Ernährung aus, wohingegen die obersten Einkommensschichten nur 9,3 % dafür aufwenden.

Als Hauptpreistreiber treten neben den Nahrungsmitteln die Benzin- und Dieselpreise auf, die im Jahresvergleich um durchschnittlich nicht weniger als 24 % zulegten, wie jeder Österreicher beim Besuch der Tankstelle schmerzlich erfahren muss. Der Preis für einen Liter Diesel steigerte sich gar um 30 %, jener für Heizöl um 27 %.

Laut Expertenmeinung ist der Zenit der Preisentwicklung noch nicht erreicht, und wird ein Ölpreis von 400 Dollar nicht ausgeschlossen. „*Die Situation ist ernster als die breite Öffentlichkeit glaubt*,“ bringt Cerveny von ÖGUT die Problematik auf den Punkt. „*Eine Entspannung zeigt sich noch nicht*, so auch die wenig optimistische Prognose von Josef Baumgartner des Wirtschaftsforschungsinstituts.

Damit nicht genug, könnte laut dem E-Control-Chef Walter Boltz Gas am Beginn der Heizsaison um bis zu 20% teurer werden, da der Gaspreis historisch an den Ölpreis gekoppelt ist und auf Preisänderungen erst ein halbes bis Dreivierteljahr später reagiert (Österreich vom 27.05.2008). Auch bei Strom könnte es im Zuge der Ölpreisentwicklung zu einer saftigen Erhöhung zwischen 5 und 8 Prozent kommen.

Trotz dieser exorbitanten Belastungen für die Österreicherinnen und Österreicher beschränken sich die in diesem Zusammenhang seitens der Bundesregierung beschlossenen Gegensteuerungsmaßnahmen auf reine Alibiaktionen oder „Augenauswischereien“ wie der SPÖ-AK Präsident Tumpel die nunmehr zur Beschlussfassung anstehenden Erhöhungen des Pendlerpauschales und des Kilometergeldes treffend bezeichnete.

Mit dieser geringfügigen Erhöhung des Pendlerpauschales wird nur ein verschwindender Teil jener durch die Teuerungen der Spritpreise, der Lebensmittel aber auch Gebühren- und Steuererhöhungen entstandenen Belastungen abgegolten und begünstigt zudem nur jene Bevölkerungsgruppe, die auch tatsächlich bereits Iohnsteuerpflichtig sind bzw. überhaupt Anspruch auf das Pendlerpauschale haben. Der überwiegende Teil der Bevölkerung, der im Alltag auf das Auto angewiesen ist, und dies ohne jeden Anspruch auf ein Pendlerpauschale und ohne die Möglichkeit Kilometergeld geltend zu machen, bleibt den Rekordpreisen bei Diesel und Benzin völlig ungeschützt ausgesetzt!

Vor dem Hintergrund dieser beängstigenden Preisentwicklung hat die Kärntner Landesregierung auf Initiative des Kärntner Landeshauptmannes am 3. Juni 2008 einstimmig - somit auch mit Zustimmung der Regierungsmitglieder von SPÖ und ÖVP - eine Resolution betreffend die Notwendigkeit eines amtlichen Preisstopps für Benzin und Diesel, einer Senkung der Mineralölsteuer sowie der Rücknahme der geplanten Steuererhöhung auf Heizöl beschlossen.

Im Interesse aller von der generellen Teuerungswelle und der exorbitanten Preisentwicklung der Treibstoffe im Speziellen belasteten Österreicherinnen und Österreicher und aufgrund der Dringlichkeit der Umsetzung der von der Kärntner Landesregierung beschlossenen Maßnahmen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, im Einvernehmen mit dem jeweils ressortzuständigen Bundesminister angesichts der explodierenden Preise für Treibstoffe schnellstmöglich Maßnahmen zu treffen, die eine Umsetzung der in der nachfolgenden Resolution des Kollegiums der Kärntner Landesregierung festgeschriebenen Forderungen sicherstellen:

„Resolution des Kollegiums der Kärntner Landesregierung“

Das Kollegium der Kärntner Landesregierung fordert die österreichische Bundesregierung und Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer auf, angesichts der explodierenden Preise für Treibstoffe folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Amtlicher Preisstopp!

Das Preisgesetz bietet die Möglichkeit, einen amtlichen Preisstopp für Benzin und Diesel zu verfügen und einen Höchstpreis festzulegen. In Luxemburg etwa legt das

Wirtschaftsministerium regelmäßig Höchstpreise für Benzin, Diesel, Heizöl und Flüssiggas fest. Auf diese Weise will der Staat einen übermäßigen Preisanstieg verhindern. Der Wettbewerb der Mineralölkonzerns passiert unterhalb des festgelegten Höchstpreises. Berechnet wird der Maximalpreis mithilfe einer Formel, die unter anderem die Mineralölpreise an den Börsen berücksichtigt. Das Kollegium der Kärntner Landsregierung fordert daher den zuständigen Minister Martin Bartenstein und die österreichische Bundesregierung auf, gleich Luxemburg ebenfalls einen amtlichen Preisstopp zu verfügen und einen Höchstpreis festzulegen oder zumindest dem Landeshauptmann von Kärnten die Ermächtigung zu geben, für sein Bundesland einen Preisstopp zu verfügen.

2. Senkung der Mineralölsteuer!

Die Hälfte der hohen Spritpreise besteht ausschließlich aus Steuern. Die Bundesregierung argumentiert, eine willkürliche Senkung der Steuern verstöße gegen EU-Richtlinien und sei daher nicht möglich. Es gibt aber sehr wohl Spielräume nach unten, die zu nutzen sind. Denn die EU-Mindestbesteuerung für Benzin liegt bei 35,9 Cent je Liter, in Österreich macht die Mineralölsteuer aber 44,2 Cent aus. Bei Diesel liegt die Mindestbesteuerung bei 30,2 Cent, in Österreich sind es derzeit aber 34,7 Cent. Das Kollegium der Kärntner Landsregierung fordert den Finanzminister und die Bundesregierung daher auf, die Mineralölsteuer sofort zu senken, damit der Sprit endlich wieder billiger wird!

3. Rücknahme der geplanten Steuererhöhung auf Heizöl!

Im Mai 2007 hat 1 Liter Heizöl 65 Cent gekostet. Für die Füllung eines 3.000-Liter-Heizöltanks (durchschnittliches Einfamilienhaus) mussten 1.950 Euro bezahlt werden. Heute kostet die gleiche Füllung, bei einem Preis von 97 Cent für einen Liter Heizöl, 2.910 Euro. Also fast die Hälfte mehr! Mit 1. Juli 2008 kommt nun auch eine saftige Steuererhöhung auf Heizöl um 3,6 Cent pro Liter, womit Heizöl erstmals über einen Euro pro Liter kosten und damit noch teuer wird! Das Kollegium der Kärntner Landsregierung fordert daher von der österreichischen Bundesregierung die sofortige Rücknahme der Steuererhöhung auf Heizöl.”

Wien, 6. Juni 2008

